

CVP Zug

**Kantonsrat Martin Pfister, Baar
Präsident Bildungscommission**

Kantonsratssitzung vom 31. Oktober 2013

Traktandum 9: Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung des kantonalen Richtplanes (Kapitel S9; Mittelschulstandorte. (2283.1-4).

Anrede

Der Kantonsratsbeschluss betreffend Anpassung der Standorte der kantonalen Mittelschulen im Richtplan ist ein etwas verwirrliches Geschäft, wenn man es rein formell betrachtet. Es geht heute um die ziemlich banale Anpassung ein paar weniger Richtplaneinträge und dennoch geht es um sehr viel mehr als um die paar Worte, über die wir heute diskutieren. Wir behandeln ein übergeordnetes bauliches Konzept für die kantonalen Mittelschulen, das in den nächsten Jahren hohe Investitionen auslösen wird und das weit über die raumplanerischen Überlegungen hinaus unsere Mittelschulen auch inhaltlich und organisatorisch prägen wird. Beide vorberatenden Kommissionen nahmen denn auch in freier Umsetzung der Geschäftsordnung Abstimmungen vor, die nicht direkt mit dem Richtplantext zusammenhängen, aber doch zur Klärung der nächsten Planungsschritte beitragen.

Die Bildungscommission kommt zum Schluss, dass die Richtplananpassung generell richtig ist, den bildungspolitischen Überlegungen das nötige Gewicht zugemessen und daraus die richtigen Schlüsse gezogen werden. Auf einzelne Differenzen in der Beurteilung komme ich noch zu sprechen.

Ich erspare Ihnen Ausführungen zur lange Vorgeschichte der Mittelschulplanung im Kanton Zug. Sie ist uns allen wohlbekannt. Wahrscheinlich ist es den bildungspolitischen Diskussionen der letzten Jahre im Kantonsrat geschuldet, dass in diesem Prozess, der heute mit der Richtplananpassung einen Meilenstein passiert, systematisch und mit einer umfassenden Fokussierung auf die Aspekte der Bildung vorgegangen wurde. Dafür danke ich im Namen der Bildungscommission dem Regierungsrat und den Verantwortlichen in den Direktionen. Die Bildungscommission stimmt den bildungspolitischen Grundsätzen und Kriterien, die dieser Vorlage zugrunde liegen, ausdrücklich zu.

Das Zauberwort bei der Beurteilung der bildungspolitischen Parameter heisst *Flexibilität*. Die Schulraumplanung muss in den nächsten Jahren über ein Höchstmass an Veränderungs- und Entwicklungspotential verfügen, weil die Prognosen der Schülerzahlen über einen so grossen Zeitraum sehr unsicher sind. Obwohl die Bemühungen des Regierungsrats die Sekundarstufe 1 und den dualen Bildungsweg zu stärken unbestritten sind, bleibt doch die reale Entwicklung der Gymnasialquote im Kanton Zug unsicher. Es ist auch nur schwer abschätzbar, welche Auswirkungen die Ansiedlung eines Gymnasiums im Ennetsee auf die Zahl von Gymnasiasten und Gymnasiastinnen in diesen Gemeinden hat.

Wir werden zudem in den nächsten Jahren beobachten müssen, ob es gelingt, die Attraktivität des Kurzzeitgymnasiums zu stärken oder zumindest zu erhalten. Aus dieser Überlegung heraus wäre es angebracht gewesen, wenn das Kurzzeitgymnasium etwas zentraler liegen oder an mehreren Schulen angeboten würde. Aufgrund der geringen Zahl von Klassen des Kurzzeitgymnasiums (2-3 pro Jahrgang) ist das Potential für mehrere Standorte schlicht nicht gegeben. Der Entscheid für das Kurzzeitgymnasium in Menzingen stärkt diesen Standort. Zudem ist Jugendlichen in diesem Alter ein etwas längerer Anreiseweg durchaus zuzumuten.

Zugleich sollen sich die Mittelschulen auch inhaltlich möglichst dynamisch entwickeln und profilieren können. Die Bildungskommission unterstützt deshalb die Überlegungen des Regierungsrats, auf die Festlegung von Schultypen im Richtplan zu verzichten. Wir gehen bildungspolitisch und auch ökonomisch von einer idealen Schulhausgrösse von zwischen 400 und 1'000 Schülerinnen und Schülern aus. Dazu benötigen wir mindestens drei Mittelschulstandorte. Die vorliegende Planung ermöglicht der Kantonsschule Lüssiweg die Reduktion auf eine pädagogisch vernünftige und der Kantonsschule Menzingen den Ausbau auf eine wirtschaftlich vertretbare Schulgrösse. Die Bildungskommission möchte grossmehrheitlich am Standort Menzingen festhalten, weil sich dieses kleinere Gymnasium von den beiden andern, grösseren Mittelschulen im Profil klar unterscheiden wird. Dies wird die Mittelschullandschaft im Kanton Zug bereichern. Zudem haben regionalpolitische und auch finanzielle Überlegungen eine Rolle gespielt. Ein Verzicht auf Menzingen hätte für die nächsten 10 bis 15 Jahre umfangreiche und teure Provisorien zu Folge gehabt. Es ist sinnvoller, in einen bestehenden Schulstandort und in dauerhafte Gebäude zu investieren.

Umstritten war die Frage der Zusammenführung der Wirtschaftsmittelschule mit der Fachmittelschule am Standort Hofstrasse. Dies war das Resultat des Mitwirkungsprozesses und entspricht der Variante 11. In der Bildungskommission war man sich weitgehend einig, dass sich die Zusammenführung dieser auf die Berufswelt und nicht auf die Universität ausgerichteten Mittelschulen eigentlich aufdrängen würde. Insbesondere wäre dadurch die Fachmittelschule gestärkt worden. Die Hälfte der Bildungskommission unterstützt jedoch die Überlegungen des Regierungsrats, der die daraus entstehenden Vorteile als nicht so gross beurteilt, als dass sich die rund 60 Millionen Mehrkosten rechtfertigen würden. Immerhin möchte jedoch die Bildungskommission mit der Streichung des Satzes in S 9.2.4 in der Detailberatung den Standort Hofstrasse als Schulstandort langfristig sichern. Damit bleibt die Möglichkeit offen, dort bei einer allfällig veränderten Ausgangslage die WMS anzusiedeln.

Schliesslich prüften wir auch den Standort Papieri als Alternative zum Allmendhof in Cham. Dabei konnten wir feststellen, dass auch auf dem Papieri-Areal eine neue Mittelschule grundsätzlich möglich wäre. Der Standort Allmendhof hat jedoch bezüglich Entwicklungspotential und Flexibilität klare Vorteile. In der Bildungskommission wurde kein Antrag zum Mittelschulstandort in Cham gestellt, weshalb ich davon ausgehe, dass die

Bildungskommission der Priorisierung des Standorts Allmendhof stillschweigend zustimmt.

Die Bildungskommission empfiehlt Ihnen einstimmig, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass die Chancen, die mit der neuen Mittelschulplanung für die Schulentwicklung verbunden sind, von den Gymnasien auch aktiv genutzt werden. Die Bildung bleibt auch für den Kanton Zug der Rohstoff Nummer 1.

Die CVP-Fraktion schliesst sich dieser Meinung an.